

# Studienreise nach Rumänien: Oradea, Cluj, Târgu Mure<sup>o</sup>, Bukarest

*von Zora Hesová und Lili Di Puppo, Berlin*

Ende Juli hat der amtierende Präsident Rumäniens Emil Constantinescu angekündigt, dass er bei den Präsidentschaftswahlen im Herbst 2000 nicht mehr kandidieren wird. Seine Entscheidung verdeutlicht das Scheitern der seit langem zerstrittenen Demokratischen Konvention und der anderen Regierungsparteien, welche vor vier Jahren zusammen mit anderen reform-gesinnten Parteien die PDSR (Partei des Demokratischen Sozialismus Rumäniens) von Ion Iliescu von der Regierung ablöste.

1996 wurde der Sieg „demokratischer Parteien“ endlich als eine Chance für das Land begrüßt. Nach sechs Jahren populistischer Regierung der PDSR, die viele Mitglieder der alten RKP einschließt, wurde von der neuen Regierung erwartet, dass sie die so lange verschobenen Reformen verwirklichen sollte und den Weg nach „Westen“, in Bezug auf Demokratie- und Rechtsstandards, einschläge. Die Ergebnisse der Politik der „Reformisten“ sind leider mager. Viele erhoffte Reformen wurden nur im Ansatz durchgeführt. Rumänien hat keine radikale Privatisierung erfahren; die so ersehnte und letztendlich gescheiterte Aufnahme in die NATO ist eine große Niederlage für die Konven-

tion gewesen; die politische Instabilität begründet sich neben den großen Standpunktunterschieden zwischen den Koalitionsparteien auch in den Rivalitäten der Politiker untereinander, die sich an die alten Strukturen angepasst haben und der Korruption Vorschub gewähren. Constantinescu hat seine Niederlage eben auf diese korrupte Verhältnisse zurückgeführt. Das vierjährige liberale Experiment scheint von außen gesehen gescheitert zu sein. Dieser Eindruck wird durch die aktuelle Schwäche der Demokratischen Konvention bestärkt, die inzwischen auseinander gefallenen ist und hinsichtlich des Erfolges der PDSR in den letzten Kommunalwahlen. Paradoxerweise bringt die Aufhebung des Duells Iliescu-Constantinescu (welches schon zweimal zuvor die Wahlen bestimmte) neue politische Kräfte hervor und erzeugt erneut Spannung in das politische Geschehen in Rumänien.

Eine Gruppe Studenten ist im April nach Rumänien gefahren, um sich vor Ort der Realitäten der Transformation zu nähern. Es wurden Treffen mit verschiedenen Vertretern der Zivilgesellschaft und Studenten organisiert und Fragen erörtert, die sich allgemein auf die 10 Jahre Transfor-

mation bezogen. Aus diesen Gesprächen haben wir einige Punkte ausgewählt, welche die Eigenartigkeit der rumänischen Transformation zum Ausdruck bringen.

Ein wichtiger Aspekt der Transformation in Rumänien betrifft die Definition der politischen Gemeinschaft und damit den Status der Minderheiten sowie nationalistische Tendenzen auf der politischen Szene. Von der ungarischen Minderheit (1,7 Mio. von 22 Mio. Einwohnern) werden noch heute vermeintliche separatistische Forderungen bezüglich Transsylvanien befürchtet, da das Verhältnis zu der ungarischen Gemeinschaft durch jahrelange politische Instrumentalisierung des Nationalismus von Ceau<sup>o</sup>escu vergiftet worden ist. In den ersten Jahren nach der Revolution bedienten sich nationalistische Parteien (Vatra Româneasca, Romania Mare) sowie die FNR (Front zur Nationalen Rettung – heute PDSR) in Wahlkampagnen dieses Mobilisierungspotentials. 1990 hat sich die Konfrontation zwischen Ungarn und Rumänen in Târgu Mure<sup>o</sup> in einer offenen gewalttätigen Auseinandersetzung zuge-spitzt. Eine bewusste Inszenierung dieser Gewalttaten wird auf den Geheimdienst zurückgeführt, da die verbotene Securitate gleich danach in der Form des SRI (Rumänischer Sicherheitsdienst) wieder gegründet wurde, wie Istvan Haller, der Vertreter der Liga pro Europa in Târgu-Mure<sup>o</sup>, berichtete.

Ein Teil der Minderheit fühlt sich politisch nicht vertreten und sieht ihre Identität bedroht (Interview mit der Union ungarischen Studenten). Die bis heute offen minderheitenfeindlichen Politiker (wie der Bürgermeister von Cluj, Gheorghe Funar, unlängst wiedergewählt) sind in Transsylvanien eine politische Konstante, die ihren Ursprung im *social engineering* in der Region aus der Ceau<sup>o</sup>escu-Zeit (massive Populationsverschiebungen rumänischer Bauern in die ungarische Städte) und in der Industrialisierung hat. Die grundsätzlichen Forderungen der Ungarn sind momentan gemäßigt (z.B. die Frage der Wiederherstellung der ungarischen Universität in Cluj), obwohl in der UDMR (Demokratische Union der Ungarn in Rumänien) auch radikalere Strömungen zu finden sind.

Zu einer weiteren Eskalation der Auseinandersetzungen ist es jedoch nicht gekommen. Verschiedene, meist vom Westen unterstützte Organisationen wurden gegründet, wie die sehr aktive Liga Pro Europa in Târgu Mure<sup>o</sup>, die besonders viele junge Leute anzieht, mit dem Vorhaben, dem Nationalismus entgegenzuwirken. Die Wirkung des Nationalismus sei aber weitgehend entschärft, so Hajo Csabo von CIVITAS Cluj, vor allem seitdem die ungarische Partei seit vier Jahren an der Regierung beteiligt ist. Eines der wichtigsten Ergebnisse der Regierung der Reformisten sei, die Demokratie und die Integration von Minderheiten zu fördern.

Außerdem lebt im Lande auch eine sehr große Roma-Minderheit (offiziell 1,2 Mio., nach Schätzungen mehr als zwei Mio.). Die bekanntlich schlechte ökonomische Lage und der unzureichende Rechtsstatus der Roma wird nur von den Roma selbst bekämpft, die sich jetzt zunehmend (d.h. die gebildete Jugend) organisieren und lediglich vom Aus-

land gefördert werden. Es seien nach der Wende Forderungen an die Behörden gestellt worden, welche in einigen Punkten die gleichgültigen, teilweise rassistischen, aber auch mittellosen Behörden zu einer Verbesserung bewegt haben. Auf diese Weise sind Studienplätze an der Universität Cluj für wenige Studenten der Roma-Minderheit vorgesehen. Diese versuchen jetzt, wie wir während unseren bereichernden Gesprächen mit ihnen erfahren haben, sich eine Identität innerhalb der rumänischen Gesellschaft zu bilden. Nach ihrer Sicht soll die Integration der Roma-Minderheit nicht wie vorher eine Leugnung der Roma-Herkunft voraussetzen, sondern die Traditionen, die Sprache und die Roma-Geschichte sollen neu bewertet werden.

Der Nationalismus scheint latent verbreitet zu sein; obwohl er nicht zu Konflikten führt, ist seine Wirkung in den politischen Debatten zu spüren. Das nationale Interesse und das Prestige des Staates werden in Rumänien hoch bewertet. Eine zweite Frage betrifft die kommunistische Hinterlassenschaft. Der Übergang in Rumänien von einem autoritären Regime zu einer liberalen Demokratie setzt nämlich die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit und den Praktiken dieser Zeit voraus. Dennoch wird deutlich, dass der Autoritarismus und der Paternalismus aus der Regierungszeit Ion Iliescus immer noch die Politik prägen. Diese Periode ist von Interesse, da es sehr wahrscheinlich ist, dass seine Partei wiedergewählt wird.

In den Jahren des Iliescu-Regimes wurden oft gegen kritische Stimmen repressive Maßnahmen ergriffen, so z.B. während der bekannten 'Mineriaten' (Marsche der Bergarbeiter des Jiu-Tals auf Bukarest), die protestierende Studenten und Intellektuelle vom Universitätsplatz gewaltsam vertrieben haben. Diese bildeten den Kern der entstehenden Zivilgesellschaft und forderten eine zweite Revolution und den Rücktritt der Regierung, von der sie befürchteten, dass sie die alten Strukturen und Praktiken fortsetzen würde. Das Iliescu-Regime hat tatsächlich durch eine Beschränkung der Pressefreiheit, durch sein Monopol auf die Medien und die Verleumdung von politischen Gegnern seinen autoritaristischen Regierungsstil bewiesen. Die Bergarbeiter versuchten durch ihr letztes Auftreten im Februar 1999, die ökonomischen Reformen zu bremsen. Dieses Gewaltpotential der Arbeiter wird von einer Allianz zwischen ehemaligen Mitgliedern der Securitate oder der Nomenklatura, (die während der Privatisierungen mafiöse Strukturen und Klientelnetze gebildet haben) und nationalistischen Parteien instrumentalisiert, um ihren Einfluss aus der Iliescu-Zeit zu bewahren. Ein Student der Asocia<sup>o</sup>ia Pro Democra<sup>o</sup>ia hat diese Klientelnetze als ein Hindernis auf dem Weg zur Liberalisierung beschrieben.

Der Einfluss der alten Netzwerke zeigt sich in der Frage der Securitate-Archiven. Vor kurzem, 10 Jahre nach der Wende, wurde ein Gesetz verabschiedet, welches die Archive der Öffentlichkeit zugänglich macht, dennoch mit enormen Einschränkungen, die den ersten Gesetzentwurf des Senators Dumitrescu, der selbst in der kommunistischen Zeit politisch verfolgt wurde, stark abschwächen.

Die Präsidentin des Zentrums für unabhängigen Journalismus kritisierte die fehlende Transparenz und die Praktik, Informationen als nationales Sicherheitsrisiko zu klassifizieren. Dadurch werden Journalisten in der Ausübung ihres Berufs gehindert und kriminalisiert. Hinter den „nationalen Interessen“ verbergen sich oft politische Geheimnisse (z.B. die neuere Ölschmuggelaffäre, in welche Offiziere des SRI verwickelt waren). Dieses Bekenntnis zum nationalen Interesse zeigt sich auch nach den Worten von Manuela <sup>a</sup>tefănescu, Präsidentin des Helsinki-Komitees, in der Arbeit der Abgeordneten im Parlament, die zugunsten von Symbolen der nationalen Größe gegen wichtige Reformgesetze stimmen. So interpretiert sie z.B. die Reform des Strafgesetzbuches, welche die Strafen, auch für kleine Verstöße, verschärft, ungeachtet der europäischen Menschenrechtskonvention. Das Fehlen von Kompromissfähigkeit und Konsens, von belastbaren Koalitionen, die auf klaren politischen Entscheidungen und Absprachen beruhen, verlangsamt die Verabschiedung von Gesetzen und ermutigt diese symbolische Politik. Erklärungen, die den Eintritt in die Europäische Union unterstützen, finden sich auch in den Reden von nationalistischen Politikern, aber sie werden nicht von konkreten Vorstellungen begleitet.

Über die Ineffizienz der Institutionen wird nicht nur aufgrund der „symbolischen Politik“ geklagt. Das Parlament ist durch sein schlecht gestaltetes zwei-Kammern-System in seiner Arbeit sehr beschränkt, es wird meistens über Präsidentenerlasse regiert. Dazu herrscht in dem gesamten bürokratischen Apparat der Wille zum Erhalt der Arbeitsplätze und der bestehenden Verhältnisse. In dieser Hinsicht äußerte sich eine Gruppe von Studenten verschiede-

ner Fachrichtungen sehr kritisch. Sie hatten als erste ein Praktikum in den staatlichen Institutionen absolviert und berichteten über die Einstellung der Beamten und Politiker bezüglich der Veränderungen. Ein ungarischer Student, Präsident des Vereins der ungarischen Studenten, hat sich folgendermaßen über diese Mentalität geäußert: „In Romania, we try to postpone everything, even our death“. Unsere Fragen über die Revolution und die 6 Jahre des Ilescu-Regimes wurden meistens mit Interesse beantwortet, weil viele der Vertreter der Zivilgesellschaft erst in den letzten Jahren Fortschritte in ihren Aktivitätsfeldern spüren und fürchten, dass eine Wiederkehr der populistischen PDSR eine neue Stagnation der rechtlichen und wirtschaftlichen Reformen bedeuten kann. So sieht Manuela <sup>a</sup>tefănescu die langsam vorbereiteten Reformen des Gefängniswesens, oder die Vorbereitung des Gesetzentwurfs über den freien Zugang zur Informationen in diesem Fall auf unbestimmte Zeit verschoben.

Unsere Bemühungen, eine klare Vorstellung der politischen Realität zu entwickeln, haben uns oft mit der Vergangenheit Rumäniens konfrontiert; die Last der kommunistischen Vergangenheit ist nämlich noch zu spüren.

Unsere Interviews sollen im Detail in einem Videofilm ausgearbeitet werden.

*Zora Hesová ist Studentin der Philosophie und Soziologie an der FU Berlin.*

*Lili Di Puppò ist Studentin der Politologie am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin.*

Kontakt: Email: [zorah@zedat.fu-berlin.de](mailto:zorah@zedat.fu-berlin.de)